



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 – 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 7/09

27. Januar 2009

Konjunkturpaket als Chance für Bonn

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, haben sich Bund und Länder über die Umsetzung des Konjunkturpakets für die Kommunen geeinigt: „Damit sind die Regeln klar, nach denen das Geld des Konjunkturpakets in die Kommunen fließt. Diese schnelle Einigung ist wichtig, damit die Kommunen jetzt möglichst schnell ihre Projekte einbringen können. Jetzt müssen wir die Chance auch in Bonn nutzen.“

Vorgelegt wurden heute ein „Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder“ und eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern. Eisel hob folgende Punkte besonders hervor:

- 1) Der Bund stellt Ländern und Kommunen insgesamt 10 Mrd. Euro für „besonders bedeutsame Investitionen“ zur Verfügung. Damit können bis zu 75 % einer Maßnahme finanziert werden, 25 % müssen Länder und Kommunen finanzieren. Die Mittel müssen für zusätzliche Investitionen eingesetzt werden und dürfen nicht für Projekte verwendet werden, deren Gesamtfinanzierung bereits durch einen beschlossenen und in Kraft getretenen Haushaltsplan gesichert sind.
- 2) Die Mittel entfallen zu 65 % auf den Investitionsschwerpunkt Bildung (frühkindliche Infrastruktur, Schul- und Hochschulinfrastruktur (besonders energetische Sanierung, kommunale oder gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung, Forschung) und zu 35 % auf die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur (Krankenhäuser, Städtebau (ohne Abwasser und ÖPNV, Lärmschutzmaßnahmen bei kommunalen Straßen, Informationstechnologie, sonstige Infrastrukturinvestitionen).
- 3) Von den Bundesmitteln erhält NRW 1,386 Mrd Euro für den Bildungsschwerpunkt und 746 Mio Euro für den Infrastrukturschwerpunkt. Die Länder müssen mindestens (!) 70 % der Mittel an die Kommunen weitergeben. Höchstens 30 Prozent stehen für Landesinvestitionen zur Verfügung. Der Bund hat sich für eine möglichst hohe Kommunalquote eingesetzt.

Eisel unterstrich, dass es sich um zusätzliche (!) Zukunftsinvestitionen handeln muss, die zügig realisiert werden können: „Die Mittel sollen mindestens zur Hälfte bis Ende 2009 abgerufen werden. Nach dem 31. 12. 2011 dürfen Bundesmittel nicht mehr zur Auszahlung angeordnet werden. Es geht also nicht darum, jetzt Wunschzettel für neue Projekte zusammenzustellen, sondern darum, realisierungsreife Investitionen schneller umzusetzen als dies angesichts der kommunalen Haushaltslage möglich gewesen wäre.“